

Mehr Frauen müssen Schutz suchen

Das Frauenhaus Graubünden war im vergangenen Jahr deutlich stärker ausgelastet. Das beschäftigt auch die Bündner Politik. Daneben gaben erneut vehement vorgetragene Forderungen nach Steuersenkungen zu reden.

von Patrick Kuoni

Der erste Sessionstag im Bündner Parlament war traditionsgemäss eine kurze Sache. Dies, weil am Morgen noch Fraktionssitzungen über die Bühne gingen und der Rat deshalb erst um 14 Uhr tagte. Und um 17.40 Uhr entliess Ratsvizepräsident Franz Sepp Caluori die Ratsmitglieder aufgrund des anstehenden Abendprogramms bereits wieder. Dennoch kam am Montagnachmittag bereits ein ernstes und gleichzeitig trauriges Thema aufs Tapet. Dies anlässlich der Besprechung des Jahresprogrammes des vergangenen Jahres. Die Churer SP-Grossrätin Xenia Bischof ergriff das Wort zum Thema häusliche Gewalt. Die Zahlen dazu stiegen im vergangenen Jahr an (Ausgabe vom 28. März). Zudem sei auch das Frauenhaus in Graubünden stärker ausgelastet gewesen.

Bischof wollte deshalb von der Bündner Exekutive wissen, ob sie bereit sei, auf diesen Platzmangel zu reagieren. Regierungspräsident Peter Peyer bestätigte, dass die Auslastung des Frauenhauses Graubünden angestiegen sei. Diese lag im vergangenen Jahr bei 68,3 Prozent. In den drei Jahren zuvor waren es zwischen 37 und 50 Prozent. Peyer hielt aber auch fest: «Die Nachfrage aus anderen Kantonen hat zu einer höheren Nutzung des Frauenhauses Graubünden geführt.» Die Anzahl Frauen und Kinder mit Wohnort Graubünden, die das Frauenhaus nutzen mussten, sei im vergleichbaren Mittel der letzten vier Jahre geblieben. «Da das Frauenhaus Graubünden weiterhin unter der empfohlenen Auslastung von 75 Prozent liegt und die höhere Nachfrage hauptsächlich durch ausserkantonale Nutzerinnen bedingt war, ist ein Ausbau des Angebotes aktuell nicht angezeigt», antwortete deshalb der SP-Mann seiner Parteikollegin. Der Kanton stehe aber mit dem Frauenhaus Graubünden regelmässig in Kontakt, um den Bedarf abzuklären.

Unterstützung bei Verdacht

Bischof fragte zudem, ob es Bestrebungen gebe, dass die Kantonspolizei bei Verdacht auf häusliche Gewalt von einer psychologischen, auf Trauma



Ernste Miene: Die SP-Grossrätin Xenia Bischof lauscht den Ausführungen der Regierung. Sie hat Fragen zu den angestiegenen Zahlen im Bündner Frauenhaus gestellt.

Bild Livia Mauerhofer

spezialisierten Fachperson unterstützt werde. Dazu meinte Peyer, dass in einem laufenden Projekt, welches voraussichtlich in den nächsten zwei Jahren abgeschlossen wird, evaluiert werde, ob und in welchen Fällen die Polizei bei Verdacht auf häusliche Gewalt von einer spezialisierten Fachperson unterstützt werde.

Steuersenkungen bald Tatsache?

Das Parlament beschäftigte sich aber auch mit der Jahresrechnung des vergangenen Jahres. Diese schloss mit einem Ertragsüberschuss von insgesamt 205,6 Millionen Franken. Obwohl bereits eine Auslegeordnung der Bündner Regierung zu allfälligen Steuersenkungen für Familien und Fachkräfte in Arbeit ist, preschte insbesondere die FDP bereits mit einer konkreten

Steuersenkungsforderung vor. Der Churer Grossrat Oliver Hohl, der auch der Erstunterzeichner des Auftrages betreffend Steuerentlastungen bei Familien und Fachkräften ist, begründete dies damit, dass es noch dauere, bis Resultate der Auslegeordnung vorlägen. Die FDP fordert, dass der kantonale

68,3
Prozent

betrug die **Auslastung** des **Bündner Frauenhauses** im vergangenen Jahr.

Steuerfuss fürs Budget 2024 um zehn Prozent gesenkt wird. «Wir wollen zu viel eingezogene Steuermittel dem Steuerzahler zurückgeben. Da ist das Geld besser aufgehoben als bei der kantonalen Verwaltung», so Hohl. Unterstützt wird das Anliegen von der SVP. Nicola Stocker (Fünf Dörfer) hielt fest: «In drei bis fünf Jahren muss bei der Rechnung die schwarze Null stehen. Davon sind wir aktuell weit entfernt.» Und Mitte-Co-Fraktionschef Martin Bettinaglio sagte: «Wir müssen den strukturellen Überschuss angehen. Dabei sollten wir nicht Steuersenkungen gegen die Ausweitung von Ausgaben ausspielen.»

SP-Fraktionspräsidentin Beatrice Baselgia erklärte: «Wir sind nicht gegen Steuersenkungen, aber wir möchten lieber bei den Abzügen ansetzen.» Da-

von würden Familien und Menschen, die es dringender benötigen würden, mehr profitieren. GLP-Fraktionspräsident Jürg Kappeler möchte die Priorität insbesondere beim Generationenprojekt Green Deal sehen.

Finanzminister Martin Bühler sagte, dass die Aussichten fürs laufende Jahr zwar noch erfreulich aussähen und für die Rechnung erneut ein Plus erwartet werde. Danach sehe es aber deutlich schlechter aus, weil weniger Einnahmen aus dem kantonalen Finanzausgleich zu erwarten seien und die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank tiefer ausfallen könnte. Dennoch sei eine Senkung des Steuerfusses im Hinblick auf das Budget 2024 einer der Vorschläge, die in der Auslegeordnung geprüft würden, so Bühler.

INSERAT



**Wirtschaftsforum
Südostschweiz**

Dienstag
29. August 2023
Stadthalle Chur

Aufbruch Südostschweiz

Peter Spuhler
CEO STADLER RAIL AG



Gianina Viglino-Caviezel
CFO HAMILTON-GRUPPE



Markus Wolf
CEO WEISSE ARENA GRUPPE



Enrico Uffer
INHABER UFFER-GRUPPE



Giada Ilardo
INHABERIN GIAHI



Reiner Eichenberger
PROFESSOR UNI FREIBURG



HAUPTPARTNER







MEDIENPARTNER

JETZT ANMELDEN

wifo-suedostschweiz.ch